

**7. Landesparteitag der PDS Thüringen,
2. Tagung - Lobenstein, 20. / 21. 09. 2003**

Beschluss

(angenommen mit visueller Mehrheit, 5 Gegenstimmen, 8 Enthaltungen)

**„Rahmen-Kommunalwahl-Programm der PDS Thüringen für die
Kommunalwahlen 2004“**

Kommune für – Bürger – für Kommune
bürgernah – demokratisch – sozial gerecht

Präambel:

Die PDS tritt in den Kommunen und Landkreisen konsequent für die sozialen Interessen und demokratischen Rechte der BürgerInnen ein. Dieses ist nach unserer Ansicht das einzige Mittel, fortschreitendem Misstrauen in die Politik und der damit verbundenen "Entpolitisierung" entgegen zuwirken. Gerade in den Kommunen hat die PDS in den vergangenen Jahren gezeigt, was sie erreichen kann und dass sie in der Lage ist, konkrete Politik zu planen, zu gestalten und zu realisieren. Diese Ansätze sollen und müssen ausgebaut werden. Nur auf dieser Basis kann es uns in den nächsten Jahren gelingen, in der Landes-, aber vor allem wieder in der Bundes- und Europapolitik präsent zu sein. Erreichen wollen wir das durch konkrete Politik mit und für die BürgerInnen Thüringens.

Durch die Unfähigkeit der SPD/ B90-Die Grünen Bundesregierung und des CDU-dominierten Bundesrates eine wirksame Reform der Kommunalfinanzen zu vereinbaren und die Unfähigkeit der CDU-Landesregierung zur Modernisierung des Kommunalrechts und zu einer notwendigen Funktional- und Verwaltungsreform, wird die Lebensfähigkeit der Kommunen gefährdet.

Da durch die finanzielle Notlage der Kommunen Probleme in den Bereichen Arbeit, Soziales und Umwelt nur bedingt gelöst werden können, wird sich die PDS und ihre KommunalpolitikerInnen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen durch:

- das Einbeziehen von BürgerInnen, Kindern und Jugendlichen,
- das Einbeziehen von außerparlamentarischen Aktionen,
- das Einbeziehen von ehrenamtlich Tätigen und Vereinen,
- das Einbeziehen von örtlicher Wirtschaft und örtlichem Handel

kennzeichnen und Alternativen aufzeigen, erproben und realisieren.

So kann demokratisches Potential für notwendige Änderungen der Rahmenbedingungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entwickelt werden. Dabei können auch Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Politikebenen, auch innerhalb der PDS, entstehen.

PDS-KommunalpolitikerInnen verstehen sich als VertreterInnen links-alternativer, sozialistischer Politikansätze, welche sie im Sinne der hier lebenden Menschen auch bei Interessenkonflikten umzusetzen bemüht sind. Das nicht zu letzt und gerade auch wegen der bei den bisherigen Kommunalwahlen erzielten Erfolge. So konnten wir unsere Präsenz ausbauen und mehr als 900 kommunale Mandate besetzen. Wir stellen 31 Bürgermeister und Ortsbürgermeister, darunter fünf hauptamtliche. Nach Hildburghausen, Werther und Artern gibt es auch in Neuhaus/Rwg. und Sömmerda hauptamtliche Bürgermeister aus unseren Reihen. Diese Ergebnisse sind daher Verpflichtung und Zielstellung zugleich.

Die Kommunen sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland und das Fundament unserer Gesellschaft. Wer ihre Lebensfähigkeit und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weiter beschneidet, riskiert den Bestand der Demokratie. Demokratische Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn entsprechende Entscheidungsspielräume vorhanden sind. Deshalb muss die PDS bei ihren politischen Forderungen und Initiativen auf allen Entscheidungsebenen Ursache und Wirkung benennen, denn 80 Prozent aller Gesetze, Verordnungen und Vorschriften die EU, Bund und Länder erlassen, wirken sich auf die Kommunen aus.

Leitziele des kommunalpolitischen Wirkens der PDS sind:

- Stärkung und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung durch mehr Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten,
- Entwicklung leistungsfähiger Kommunen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben einer nachhaltigen Daseinsvorsorge bedarfsgerecht, effektiv und für die BürgerInnen bezahlbar erfüllen zu können
- Schaffung von Bürgerkommunen, die für ein friedliches, gewaltfreies und solidarisches Zusammenlegen der Menschen im Kleinen wie im Großen wirken
- Gestaltung der Kommunen als Lebensort, um durch moderne Bildung und Ausbildung, existenzsichernde Arbeit, bedarfsgerechtes Wohnen und ein Leben in gesunder Umwelt, mit Kultur und vielseitigen Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung den BewohnerInnen hier eine Zukunft zu sichern und so der Abwanderung, vor allem junger Leute, entgegenzusteuern.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- **dass die Kommunen den Bürgern und der Wirtschaft ein umfassendes Dienstleistungsangebot unterbreiten.**
- **dass die Kommunen für die notwendige Infrastruktur der wirtschaftlichen Entwicklung sorgen.**

Daraus folgen die zentralen Zukunftsaufgaben der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft in der Einheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Ein zentrales Ziel der Kommunalpolitik der PDS ist daher die AGENDA 21 – mit dem Anspruch „Global denken – lokal handeln“ – als kommunales Aktionsprogramm für das neue Jahrtausend.

Wer, wenn nicht die Kommunen, sind an einer nachhaltigen, zukunftssichernden, gestaltenden Politik interessiert? Denn sie sind von jedem Unwetter, von jedem Hochwasser, von jedem Arbeitsplatzverlust, von Krieg und Terror, von jeder negativen Erscheinung direkt betroffen. Gerade deshalb liegt ihr Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung.

Kommunale Daseinsvorsorge, öffentlicher Auftrag, Leistungsfähigkeit und Bürgernähe müssen laufend neu definiert werden, sofern die öffentliche Leistungserbringung noch finanzierbar bleiben soll.

1. Demokratie und Mitbestimmung:

Die Möglichkeiten der Mitwirkung von BürgerInnen bei der Gestaltung des Zusammenlebens und der Entwicklung der Gemeinde/Stadt sind zu verbessern.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass Mitwirkungsmöglichkeiten und der Informationsfluss für die Bürgerinnen vor allen Entscheidungen gesichert wird,
- dass der Informationsfluss für die BürgerInnen vor allen Entscheidungen verbessert wird.
- dass die Durchführung von Einwohnerversammlungen in allen Stadt- und Ortsteilen – entsprechend des tatsächlichen Informationsbedarfs – erfolgt.
- dass die Einführung eines Rederechts in Sitzungen der Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage für BürgerInnen und VertreterInnen von Interessenvertretungen vor Entscheidungen der Kommune bzw. des Landkreises, welche die BürgerInnen bzw. Interessengruppen unmittelbar betreffen, erfolgt.
- dass die organisatorische Unterstützung von BürgerInnenanträgen, -begehren, -entscheiden durch die Verwaltung und unsere Kommunalpolitiker abgesichert wird.
- dass BürgerInnenbefragungen zu notwendigen Entwicklungen und Investitionen in der Kommune erfolgen.
- dass die Verantwortung und Kompetenzen der Ortschaftsräte durch entsprechende Ortschaftsverfassungen gestärkt werden.
- dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entscheidungsfindung für Problemlösungen, welche unmittelbar ihre Interessen berühren, gesichert ist.

Die Arbeit der Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte ist zu demokratisieren und die kommunalen Geschäftsordnungen und Hauptsatzungen entsprechend zu überarbeiten.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass die Fraktionen das Recht auf die Durchführung von Sonder-Gemeinde- und Stadtrats- bzw. Kreistagssitzungen haben.
- dass die Festsetzung von Einwohnerfragestunden am Beginn einer Ratssitzung und entsprechende Regelung für deren Durchführung erfolgt.
- dass regelmäßige Informationen des Bürgermeisters bzw. Landrates über den laufenden Geschäftsbetrieb an die Räte erfolgt.
- dass die Information und die Beteiligung von BürgerInnen an der Kommunalpolitik geregelt sind.

- dass die Besetzung der Hauptausschüsse mit aus der Mitte der Räte zu wählender Mitglieder erfolgt, damit möglichst alle Fraktionen/Wählergruppen in diesen vertreten sind.
- dass zur Besetzung der Ausschüsse die Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens zur Berechnung der Sitzverteilung angewandt wird.
- dass die Berufung sachkundiger BürgerInnen und VertreterInnen von Interessengemeinschaften mit beratender Stimme in die Ausschüsse erfolgt.
- dass die Ausschüsse des Stadtrates öffentlich tagen.
- dass die Schaffung von Datenbanken erfolgt, in denen die notwendigen Informationen wie z.B. Beschlüsse der Ausschüsse, des Stadt-, Gemeinde- und Kreisrates, kommunale Satzungen, Gesetzestexte, Vorlagen, Formulare usw. für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinterlegt sind.
- dass die Anwesenheitspflicht für die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter an den Ratssitzungen gesichert wird.

Damit wird nicht nur die Demokratie und Mitbestimmung gestärkt. Nein, die Kommune begibt sich damit auch auf den Weg in ein Dienstleistungszentrum für seine BürgerInnen.

2. Kommune als Dienstleister:

Die Kommunen müssen sich heute mehr denn je als bürgernahe Dienstleister für Ihre BürgerInnen, die örtliche Wirtschaft und den Handel betrachten. Gerade unter dem sich verstärkenden Standortwettbewerb der Kommunen ist kommunale Dienstleistung, als ein Herausstellungsmerkmal zu betrachten. Bürgernähe ist für uns nicht Selbstzweck, sondern Grundlage erfolgreicher kommunaler Entwicklung.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass bürgerInnenfreundliche Öffnungszeiten der Verwaltungen – auch in den Abendstunden – vorgehalten werden.
- dass kurze Bearbeitungszeiten für Verwaltungsvorgänge gesichert werden.
- dass kommunale Verwaltungstätigkeit gestrafft, effektiviert, entbürokratisiert und vereinfacht wird.
- dass eine Bedarfsermittlung von öffentlichen Leistungen für die BürgerInnen, die örtliche Wirtschaft und den Handel durchgeführt wird.
- dass das Internetangebot als virtuelles Rathaus ausgebaut wird.
- dass ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot – auch an den Wochenenden – zur Verfügung steht. Dabei ist auch die Schaffung von Ruftaxen, „Discobussen“ und weiteren angebotsorientierten Leistungen überlegenswert.

Kommunalpolitik der PDS fordert den Ausbau von bürgernahen, kommunalen Dienstleistungen als Baustein für eine erfolgreiche infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen. Kommunale Dienstleistungen sind daher aus-, statt abzubauen.

3. Kommunale Infrastruktur und Wirtschaft:

Die kommunale Infrastruktur ist die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet. Daher ist es unabdingbar, für die

erfolgreiche Entwicklung dieser zu sorgen und damit auch die Bedingungen für eine erfolgreiche örtliche Wirtschaft und den Handel zu legen. Sie ist gleichzeitig Garant für die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass die einheimischen Unternehmen, Selbständige, Handwerker und Gewerbetreibende besonders gefördert und unterstützt werden, um damit den Erhalt von Arbeitsplätzen zu sichern,
- dass ein leistungsfähiges kommunales Straßennetz entsteht und erhalten wird.
- dass in den zentralen Orten Gewerbe- und Industriegebiete, vorrangig aus der Sanierung von Altstandorten, für die Ansiedlung von Unternehmen zur Verfügung stehen.
- dass die Innenstädte und Ortskerne revitalisiert werden und Möglichkeiten für modernes und junges Wohnen bieten als Alternative zur „Grünen Wiese“ und damit der Freiflächeninanspruchnahme entgegengewirkt wird.
- dass Freiräume, Grün- und Brachflächen als Mittel der Stadt- und Ortsentwicklung betrachtet und als Erlebnis-, Bewegungs- und Erfahrungsräume erlebbar werden.
- dass Straßen und Wege, öffentliche Einrichtungen, Geschäfte und Freizeiteinrichtungen auch für Senioren und Behinderte nutzbar sind.
- dass eine wohnortnahe Versorgung mit Kindergarten-, Kinderkrippen-, Schul- und Ausbildungsplätzen geboten wird.
- dass ein ausreichender Bestand an preiswertem kommunalen und/oder privaten Mietwohnungsbestand vorhanden ist.
- dass durch Investitionen im Wasser- und Abwasserbereich eine gesicherte Ver- und Entsorgung für die BürgerInnen und eine Verbesserung der Gewässerqualität erreicht wird und damit auch weitere Entwicklungsmöglichkeiten den Kommunen eröffnet werden.
- dass die Sicherung der Wasserver- und Abwasserentsorgung als kommunale Aufgabe und Eigentum erhalten bleibt.
- dass der Kommunalwald erhalten bleibt und nachhaltig bewirtschaftet wird.
- dass wohnortnahe stationäre und ambulante medizinische Versorgung erhalten bleibt.
- dass auf der Grundlage von örtlichen und überörtlichen Pflegeplanungen, Möglichkeiten der ambulanten und stationären Pflege, insbesondere für Demenzkranke sowie Formen des Betreuten Wohnens vorhanden sind und diese mit Gesundheitseinrichtungen in Kooperation stehen.
- dass dem Erhalt kommunaler Versorger für Strom, Gas und Wohnraum Vorrang vor privatem Eigentum gegeben wird.
- dass regionale Abfallbehandlungskonzepte, die der Vermeidung und der Wiederverwendung den Vorrang geben, umgesetzt werden.
- dass regionale Freizeitmöglichkeiten vorhanden sind, erhalten bleiben und neu geschaffen werden.
- dass touristische Konzepte entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten und ökologisch sinnvoll entwickelt und umgesetzt werden.

Das erfordert auch ein Umdenken im Entwicklungsbereich der Kommunen, weg vom Althergebrachten, hin zu neuen Elementen einer ökologischen, bürgerInnen- und dienstleistungsorientierten Stadtentwicklung.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass die Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke reduziert wird.
- dass vorrangig Altstandorte, sowohl für Gewerbeentwicklung, als auch für den Wohnungsbau, saniert werden, statt Neuinvestitionen auf der „Grüne Wiese“ zu beginnen.
- dass lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt und gefördert werden.
- dass Investitionen in Bereichen der Altlastensanierung, der Gewässerpflege (Gewässer II. Ordnung), der Reduzierung von Schadstoffen und Emissionen initiiert werden.
- dass vorbeugender Hochwasserschutz betrieben wird.
- dass die sparsame Nutzung nichtregenerierbarer Rohstoffe und Energie und die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert und gefordert wird.
- dass kommunale Einrichtungen energieoptimiert werden.
- dass Umweltberatung und -dienstleistung gefördert wird.
- dass Wohneigentum in Altstadtbereichen gefördert wird.
- dass Denkmal- und Heimatpflege gefördert wird.

Für die Umsetzung ist es zwingend erforderlich, ein lokales Handlungsprogramm zu erarbeiten, welches die Einbindung der lokal Handelnden mit vorsieht. Dazu gehören neben den BürgerInnen, den örtlichen Verwaltungen auch die Unternehmer, die Handel- und Gewerbetreibenden, Vereine und Verbände, Kirchen und soziale Einrichtungen.

Damit dies zu einer positiven Entwicklung führt, erfordert es einen sozialen und integrativen Zusammenhalt in der Kommune, damit auch ein nachhaltiges Interesse an der Umsetzung der gestellten Ziele erreicht werden kann.

4. Kommune sozial und integrativ:

Sozialpolitik in der Kommune beinhaltet nicht nur die so genannten Pflichtleistungen, sondern ebenfalls die soziokulturellen Bedingungen des Lebens aller BürgerInnen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Nationalität.

Grundlage einer sozialen Kommunalpolitik muss eine am Bedarf orientierte Sozialplanung in den Kommunen und Landkreisen sein. Diese sollte über Kommunalgrenzen hinaus regional gestaltet werden. Grundlage jeder Sozialplanung ist eine regelmäßige Sozialberichterstattung vor den Kommunalparlamenten. Soziale Angebote und Einrichtungen müssen vorrangig anhand ihrer Qualität evaluiert werden. Diese Kriterien werden durch die Kommunalparlamente bestimmt.

Die Übertragung von Aufgaben an freie Träger darf die kommunale Verantwortung für die Leistungserbringung nicht ersetzen. Die Übernahme von Aufgaben durch freie Träger muss einer Vergrößerung des Angebotes in den Kommunen dienen.

Die Sozialpolitik muss mit Kommunalentwicklung vernetzt sein. Es darf keine Entscheidung der Kommune ohne eine Abwägung der sozialen Folgen getroffen werden. Das trifft zu auf Bauanfragen und reicht bis zur Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs. Kommunalpolitik der PDS richtet sich nach den Bedürfnissen der BürgerInnen aus, um die Lebensqualität fortlaufend zu sichern und zu verbessern.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass **Familien- und Kinderfreundlichkeit** und die Verhinderung bzw. Beseitigung von Armut im Vordergrund steht und nicht die Verwaltung von Armutssituationen und der davon Betroffenen,
- dass die Verhinderung und Beseitigung von Armut und nicht die Verwaltung von Armutssituationen und der davon Betroffenen im Vordergrund steht.
- dass Handlungskonzepte zu kommunaler Gleichstellungsarbeit als Querschnittsaufgabe im Sinne des Gender mainstreaming zu erarbeiten sind.
- dass Fraueninteressen verdeutlicht werden, um Benachteiligungen zu verhindern bzw. abzubauen, um so der Ausgrenzung von Frauen entgegenzuwirken.
- dass die demographische Entwicklung zukünftig eine stärkere Rolle bei der Bereitstellung von sozialen Angeboten der Kommunen spielen. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, von Schließungen bedrohte Kinder- und Jugendeinrichtungen zu erhalten und diese u. a. auch als multifunktionale Betreuungseinrichtungen für jung und alt umzugestalten.
- dass im Rahmen der gesetzlichen sozialen Hilfssysteme ein leistungsfähiges Netz von Angeboten freier und öffentlicher Träger entwickelt und/oder ausgebaut wird.
- dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben Realität wird. Im Mittelpunkt sollte dabei besonders die schulische Integration von behinderten Kindern stehen.
- dass kommunale Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte geschaffen und diese mit umfangreichen demokratischen Mitspracherechten ausgestattet werden.

Zum Erreichen der Chancengleichheit sollten bestehende Angebote der Unterstützung und Betreuung gefördert und neue Formen der Förderung gemeinsam mit Betroffenen gremien entwickelt werden.

Die PDS setzt sich ein für die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Für AsylbewerberInnenkontingenflüchtlinge und SpätaussiedlerInnen sollte eine starke Selbstvertretung erreicht werden. Die PDS ist für deren Freizügigkeit und Selbstbestimmung. Durch die rechtliche und soziale Orientierungshilfe, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sollten Integrationshemmnisse von und gegenüber ausländischen MitbürgerInnen beseitigt werden. Das Sachleistungsprinzip wird abgelehnt.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen in betreuten Wohnungen und Wohnheimen mit maximal 50 bis 60 Plätzen erfolgt.
- dass die Schaffung von geeigneten Möglichkeiten zur Unterstützung der Integration von AusländerInnen in gewachsene Sozialstrukturen mit Pflege der eigenen kulturellen Identität erfolgt.
- dass es wichtig ist, fremde Kultur als Bereicherung unseres Lebens zu erfahren (z.B. Aufbau russischer Kaffeehäuser in Weimar und anderswo).

5. Kultur, Freizeit, Bildung und Wissenschaft:

Theater, Bibliotheken, Museen, Denkmale und andere soziokulturelle Orte sind Bestandteil der Lebensqualität in den Kommunen, die durch Veranstaltungen vielfältiger Art wie Ausstellungen, Konzerte, Aufführungen, Vernissagen, Performances geprägt werden. Damit neben einem wachsenden Markt kommerzieller Angebote und einer Vielzahl gemeinnütziger Angebote die Kommune einen eigenen gestalterischen Auftrag behält, ist Kulturpolitik als ein Schwerpunkt zu betrachten.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass kommunale Kultureinrichtungen erhalten sowie dauerhaft und leistungsfähig finanziert werden.
- dass die sinnvolle Fusionierung von Kultureinrichtungen gefördert wird.
- dass verstärkt Formen der kommunalen Zusammenarbeit genutzt werden.
- dass anderweitige alternative Trägermodelle öffentlicher oder privater Rechtsform (z.B. Eigenbetrieb, Vereine, Stiftungen, GmbH) gleichberechtigt geprüft und angewendet werden.

Kultur ist kein Selbstzweck und muss daher entsprechend den Bedürfnissen entwickelt, konzipiert und erhalten werden. Kultur ist ein wichtiger Bestandteil des Lebens in einer Kommune und erhöht ihre Attraktivität im täglichen Standortwettbewerb. Sie ist Ausdruck der Lebensqualität einer Kommune und der Lebensfreude ihrer BürgerInnen.

Weitere Freizeitmöglichkeiten, die die Attraktivität und Lebensqualität der Kommunen verbessern, sind die Freizeit- und Sportstätten für den Breiten- und Wettkampfsport sowie die Spiel- und Bewegungsräume im Wohnumfeld. Insbesondere für Kinder und Jugendliche stellen Sport und Freizeit ein wesentliches Element zum Erwerb sozialer Kompetenz dar.

Daher hält es die PDS für notwendig

- dass die zukunftsorientierte Sport- und Freizeitentwicklung in die Gemeinde- und Stadtplanung fest eingebunden wird.
- dass ehrenamtliches Engagement gefördert wird.
- dass eine Verbindung zu den Vereinen und Verbänden sowie zur Schul-, Jugend-, Gesundheits- und Sozialpolitik hergestellt wird.

- dass kommunale Sportanlagen, Einrichtungen, Hallen usw. für die Freizeitausübung zur Verfügung gestellt werden.
- dass Anlagen für „Trendsportarten“ vorgehalten werden.

Damit wird die Kommune in der Freizeit für die Bürger erlebbar und fördert somit den kommunalen Zusammenhalt und die Verbundenheit.

„**Bildung macht frei!**“ fand Joseph Meyer, Begründer des gleichnamigen Lexikons, bereits 1826. Auch aus diesem Grund sehen wir einen Schwerpunkt in einer eigenständigen lokalen Bildungsarbeit. Diese ist unabhängig von der Unterstützung für wissenschaftliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu gewährleisten.

Die Thüringer Schulträger benötigen ausreichend finanzielle Mittel, um die erforderlichen Investitionen in die Bildungsinfrastruktur tätigen zu können. Zur Umsetzung bildungspolitischer Vorstellungen der PDS ist eine Änderung des jetzigen Schulgesetzes unabdingbar.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass die Schulnetzkonzeptionen der Landkreise und kreisfreien Städte unter Beteiligung der Betroffenen erstellt und abgestimmt werden.
- dass die Grundschulversorgung wohnortnah verbleibt: „Kurze Beine – kurze Wege“ muss dabei die Betrachtungsweise sein.
- dass die Volkshochschulen erhalten werden und ihr Leistungsangebot auch nach neuen Angebotsinhalten ausgebaut und entwickelt wird.
- dass die kommunalen Musikschulen weiter gefördert und entwickelt werden.
- dass die Gemeinde-, Stadt- und Kreisbibliotheken erhalten bleiben und als allgemeinwissenschaftliche Zentren entwickelt und ausgebaut werden.
- auch Angebote privater und gemeinnütziger Träger zu unterstützen.
- dass spezielle Angebote der Umweltbildung unterstützt werden.

Damit erreichen wir eine kommunale Bildungsarbeit, die für jeden Bürger nutzbar ist.

Daher hält es die PDS für notwendig:

- dass ständig die Möglichkeit genutzt wird, politisch und öffentlichkeitswirksam gegen die finanzielle Beschneidung der Kommunen durch Land und Bund anzugehen.
- dass die Darstellung von finanziellen Konsequenzen, die sich für die BürgerInnen aus Entscheidungen der kommunalen Räte ergeben, öffentlich gemacht wird.
- dass die Definition von Schmerzgrenzen für PDS-Kommunalpolitik zwischen Eingehen von Kompromissen und Verweigerung gerade in Fragen, die für unser soziales Profilverständnis wichtig sind, erfolgt.
- dass die Erstellung eines Belastungsspiegels der BürgerInnen durch Abgaben und Gebühren erfolgt.
- dass BürgerInneninteresse Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Erwägungen bei Entscheidungen über kommunales Eigentum hat.
- dass eine öffentliche Darstellung von Sachzwängen und Begründung der eigenen Entscheidungen erfolgt.

Damit wird auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Kommunalpolitik für die Bürger darstellbar. Den Bürgern wird so die Möglichkeit gegeben, sich einzumischen und mitzumachen, bei dem, was sie jeden Tag betrifft und erwartet. Die Kommune als Zentrum des Lebens unserer BürgerInnen wird dann erleb- und erkennbar sowie lebens- und liebenswert.